

### Ökumenische Europakonferenz in Chantilly

Vom 10. bis 13. April sind Delegationen des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Chantilly bei Paris zu einer ersten offiziellen Konferenz zusammengetroffen. Die Tagung stand unter dem Motto „Eins sein, damit die Welt glaube“. Vertreten waren Repräsentanten aus fast allen europäischen Kirchen aus Ost und West. Den beiden Delegationen gehörten je etwa 40 Mitglieder an. Der deutschsprachige Raum war auf katholischer Seite u. a. durch die Bischöfe *Hengsbach* (Essen), *Schaffran* (Dresden), *Vonderach* (Chur) und Weihbischof *Scheele* (Paderborn), auf seiten der KEK durch die Bischöfe *Härtel* (Dresden), *Heintze* (Wolfenbüttel) und *Krusche* (Magdeburg) vertreten. Der Zusammenkunft in Chantilly waren zwei Begegnungen in einem kleinen gemeinsamen Ausschuß beider Institutionen in den Jahren 1976 und 1977 vorausgegangen. Kontakte der KEK, die sich 1959 in Nyborg konstituiert hat und der 110 nichtkatholische europäische Kirchen angehören, zur römisch-katholischen Kirche gab es bereits seit 1962. Bald nach der Gründung des CCEE (1971) wurden Beziehungen mit der KEK auf dieser Ebene geknüpft, die schließlich 1976 zum „Gemeinsamen Ausschuß CCEE/KEK“ führten, der den Auftrag erhielt, die Begegnung in Chantilly vorzubereiten.

#### Das Ziel der Einheit

Die beiden Vorsitzenden der Konferenz in Chantilly, der Erzbischof von Marseille und Vorsitzende des CCEE, *Roger Etchegaray*, und der elsäß-lothringische Kirchenpräsident *André Appel* (Straßburg), sprachen zur Eröffnung von einer „großen europäischen Premiere“, betonten aber gleichzeitig, man dürfe die Erwartun-

gen nicht zu hoch schrauben, denn es handle sich nur um einen ersten Schritt. Im Zeichen des Anfangens standen so auch die Thematik und der Verlauf des Treffens. Man befaßte sich mit ebenso grundsätzlichen wie allgemein formulierten Fragestellungen. Die Themenkreise, die von jeweils einem Vertreter beider Seiten in einem Referat behandelt und anschließend in gemeinsamer Plenar- und Gruppendiskussion besprochen wurden, waren identisch mit der globalen Zielbestimmung einer europäisch-ökumenischen Arbeit: Suche nach Kircheneinheit, Dienst am Frieden.

Zum Thema „*Keine Nachfolge Christi ohne Bereitschaft zur Einheit*“ referierten der Erzbischof von Westminster, Kardinal *George Basil Hume*, und der orthodoxe Theologieprofessor *Nikolai A. Zabolotsky* aus der UdSSR. Kardinal Hume ging von der Lage in Europa aus. Europa mache eine Zeit des Zweifels an sich selbst mit dem Gefühl des Sinnverlustes und einem Mangel an Zukunftsvision durch. In dieser Lage böten sich den Kirchen große Möglichkeiten. „Aber wir müssen neue Wege entdecken, um die Frohbotschaft zu verkünden und die Leute zu erreichen.“ Für diese Aufgabe sei die Uneinigkeit der Kirchen ein Hindernis. „Die Bedürfnisse unserer jetzigen Gesellschaft verlangen, daß eine Einheit erreicht wird.“ Einheit der Kirche sei aber nicht nur aus pastoralen Gründen wünschenswert, sondern gehöre – trinitarisch begründet – zur Natur der Kirche. Dabei müsse diese Einheit auch sichtbar sein. Hume kritisierte eine Trennung zwischen „Geistigem“ und „Sichtbarem“ in der Kirche, warnte aber ebenso vor einer vollständigen Identifikation beider Dimensionen, „so daß wir diejenigen Elemente in der kirchlichen Institution heiligsprechen, die relativ sind oder von äußeren Fakten abhängen“.

Als die entscheidenden Tagesordnungspunkte für die Kirchen im nächsten Jahrzehnt bezeichnete Kardinal Hume zwei Themen: 1. die Einheit und Fülle des Glaubens innerhalb der Verschiedenheit der annehmbaren Unterschiede in der Formulierung des Glaubens und 2. die Beziehung der verschiedenen christlichen Gemeinschaften in der Einheit einer einzigen Kirche. Es müsse nicht nur Klarheit über die *Einheit* im Glauben bestehen, sondern auch über den Wert der *Verschiedenheit* in der Kirche Gottes. Der Londoner Erzbischof erinnerte in diesem Zusammenhang an die verschiedenen „Theologien“ und Frömmigkeitsformen, die es innerhalb jeder Kirche gibt, sowie an die „Hierarchie der Wahrheiten“ und leitete daraus die Frage ab, ob es nicht sinnvoll sei, zu unterscheiden zwischen „fundamentalen Wahrheiten, über die Übereinstimmung herrschen muß, bevor wir in eine koinonia eintreten können, und anderen weniger fundamentalen Dingen, welche im besten Fall (oder nur?) innerhalb der heilenden Gnade der koinonia selbst gelöst werden können“. Ferner sei die Möglichkeit für echte Verschiedenheit durch den unerschöpflichen Reichtum der Wahrheit der christlichen Offenbarung gegeben, innerhalb dessen Kirchen ebenso wie einzelne Christen legitimerweise Akzente setzen.

Als Modell für die notwendige Verbindung zwischen Verschiedenheit und Einheit griff Kardinal Hume den Begriff der *konziliaren Gemeinschaft* auf. Das Ziel müsse aber ein *Konzil der Kirche* und nicht ein *Konzil von Kirchen* sein. Gemäß katholischem Verständnis gehe es dabei um die Gemeinschaft der Ortskirchen unter sich und mit der Kirche von Rom, wobei der *Primat* und die *Konziliarität* im *Episkopat* als komplementär sich ergänzende Aspekte zu betrachten seien. Im ökumenischen Gespräch über die kon-

ziliare Gemeinschaft müsse Klarheit über die Funktion des Primats und erst recht über die Beziehung von Episkopat und Konziliarität geschaffen werden.

Während in dieser Weise das Modell der konziliaren Gemeinschaft grundsätzlich akzeptiert, aber auch auf seine offenen Stellen hin befragt wurde, nahm das orthodoxe Korreferat prinzipiell eine kritische Position ein, insbesondere indem es den Verdacht artikuliert, der Begriff beschreibe bloß eine „Struktur“ und beziehe zu wenig die vertikale Dimension, die vom Heiligen Geist getragene Gemeinschaft mit und in Christus, ein (auch Kardinal Hume hatte freilich von der Dreifaltigkeit als Urtyp der Kirche in „Vielfalt in der Einheit“ und „Einheit in der Vielfalt“ gesprochen). Zabolotsky plädierte für ein Abrücken vom Rationalismus in Richtung eines „mystischen Ansatzes“, statt strikt analytisch solle man die Unterschiede eher „mit Hilfe einer konstruktiven Synthese (spirituell-materieller Realismus) dialektisch angehen“. Ausschlaggebend sei, daß der Übergang von der Spaltung zur Einheit nicht ohne eine Vervollkommnung in der Liebe verwirklicht werden könne. Deshalb sei praktizierte Nächstenliebe als Einheit im Dienst an der Welt das deutlichste Zeichen von *koinonia*. Wie Welt und Kirche zusammenhängen, blieb allerdings sehr unklar („Die ‚Welt‘ und die ‚Kirche‘ – das sind zwei unvereinbare und doch auf das engste miteinander verflochtene Begriffe“).

### Der politische Auftrag

Daß gerade in diesem Punkt die Sichtweisen konfessionsspezifisch erheblich differieren, zeigte sich auch an den beiden Referaten zum Thema „Kein Frieden in Christus ohne Einsatz für den Frieden in der Welt“. Sie behandelten zwar das Thema Kirche und Welt nicht systematisch, aber trotzdem wurde zwischen den Zeilen einiges sichtbar von den unterschiedlichen Formen des Weltbezugs, wie sie für Katholizismus und Luthertum als charakteristisch gelten dürfen. Zumindest können wohl

die Unerbittlichkeit, mit der der Magdeburger Bischof *Werner Krusche* die Schuld der Kirchen aus der Vergangenheit ans Licht rückte, und die Zurückhaltung, mit der er mögliche Beiträge der Kirche zum Frieden in der Welt beurteilte, sowie die Art, in der er solche Beiträge sehr gesinnungsethisches akzentuierte, als gut traditionell lutherisch verstanden werden.

Krusche fragte, „ob diese Voraussetzung, daß wir in Christus Frieden haben, stimmt“. Und er fügte sogleich hinzu: „Kirchen, die keinen Frieden miteinander (und also auch keinen Frieden in Christus) haben, sind unfähig, etwas Überzeugendes zum Frieden in der Welt zu sagen oder etwas Wirksames für ihn zu tun.“ Angesichts der Vergangenheit sei ein „rückhaltloses Schuldbekenntnis der Kirchen“ erforderlich. Denn es gehöre zu den beschämendsten Tatsachen, „daß die Großkirchen in der Geschichte Europas – bei allem, was sie an Bleibendem in sie eingebracht haben – im Blick auf den Frieden auf diesem Erdteil keine besonders positive Rolle gespielt haben, wenn man es sehr euphemistisch sagen will“. Die schlimmste Unterdrückung der Religionsfreiheit habe es in sogenannten christlichen Staaten gegeben. „Wenn wir als Kirchen heute etwas zum Frieden in der Welt sagen wollen, können wir uns nicht so aufspielen, als kennten wir uns da besonders gut aus und hätten uns da immer schon bewährt, als sei das sozusagen unsere Domäne, sondern wir haben – eingedenk unserer schlimmen Vergangenheit – allen Grund, sehr bescheiden, sehr demütig zu reden.“ Für den Beitrag der Kirche zur Friedenspolitik formulierte Krusche einige Grundsätze. Allererste Aufgabe sei die Ansage des endgültigen Friedens der Gottesherrschaft. Von da aus müsse die Kirche deutlich machen, daß Friedenspolitik „Politik des ersten Schrittes“ ist. „Müßte die Kirche nicht die als ‚Verzichtpolitiker‘ Diffamierten in Schutz nehmen, die, die es wagen, Vorgaben zu leisten?“ Ferner gehöre zum Friedenszeugnis der Kirchen der Einspruch gegen alle Verteufelungen des Gegners („exklusive Selbstidentifikationen mit dem Frieden sind dem

Frieden im Wege“); sodann sei es Pflicht der Kirchen, positiv und kritisch zu den politischen Friedensbemühungen Stellung zu nehmen (was aber nur möglich sei, wenn sie sich nicht zu „Verstärkern der Außenpolitik des eigenen Staates“ machen lassen). Schließlich nannte Krusche als weitere Aufgaben u. a. den Einsatz für Völkerverständigung, für Entspannung, für ein Ende des Wettrüstens, gegen jede Verherrlichung von Gewalt sowie das Bewußthalten des Zusammenhangs von Sicherheit und Menschenrechten als gleichgewichtigen Elementen der Friedenssicherung.

Der Bischof von Brügge, *Josef de Smedt*, sprach aus katholischer Sicht zum selben Thema. Er kritisierte zunächst – in enger Anlehnung an das vaticanische Dokument über die Abrüstung (vgl. HK, Juni 1977, 302 ff.) – den Rüstungswetlauf und sprach sich für eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung und für internationale Initiativen gegen diese „verrückt gewordene Maschine“ aus. Er sprach von „Hörigkeit dem Krieg gegenüber“, von „Kriegssklaverei“. „Unsere Welt wird heute von vier Milliarden Geiseln bevölkert.“ Die Friedensarbeit der Kirchen habe sowohl Belehrung und Bewußtseinsbildung zu betreiben wie auch – soweit es in ihren Möglichkeiten steht – öffentlich Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Soweit sie dabei in Verbindung mit anderen Gruppen kommen, müßten die Kirchen darauf achten, „sich nicht in das Schlepptau von Organisationen nehmen zu lassen, die unter dem Deckmantel der Hilfeleistung an Unterdrückte systematisch eine den christlichen Grundsätzen entgegengesetzte Ideologie verbreiten“ (daß damit ein Wink in Richtung „Christliche Friedenskonferenz“ gegeben werden sollte, dürfte nicht ganz auszuschließen sein).

Die gegenwärtige Krise – so Bischof de Smedt – sei nicht nur politischer, sondern auch moralischer, metaphysischer und religiöser Natur. Er bestimmte deshalb den Auftrag der Kirchen beim Aufbau eines befriedeten Europa umfassend: als ethische Erziehung ebenso wie als politisch-soziales Engagement.

Die Kirchen mußten sich einsetzen für die Stärkung des Willens zum Teilen, für tatkräftige Solidarität zur Verwirklichung der Gerechtigkeit, für die Einschränkung jeder Form von Machtgier individueller, wirtschaftlicher oder politischer Art. Kritik müsse sich aber „auf dem Boden der Realitäten abstützen“ und dürfe nicht „irgendeine ideelle und utopische Gesellschaft zum Maßstab nehmen“. Ausführlich sprach de Smedt von der Verantwortung des reichen Europa für die Entwicklungsländer und plädierte für eine „neue Weltordnung“ auf dem Fundament der Solidarität. „Eine Aktion der Kirchen für den Frieden verlangt eine Aktion für die Neuverteilung der Güter auf interkontinentaler Ebene.“ Von diesen politischen Postulaten aus kam Bischof de Smedt nochmals auf die individuelle Dimension des Friedensbeitrags der Verkündigung der Kirchen zurück: Vertrauen und Hoffnung, evangelische Schlichtheit und Armut, Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft seien Grundhaltungen, ohne die Europa seinen Weg nicht finden und ohne die eine Weltordnung des Friedens und der Gerechtigkeit nicht geschaffen werden könne.

### Erst ein Anfang

Die zum Schluß verabschiedete gemeinsame „Botschaft“ mußte naturgemäß so verfaßt werden, daß sie weniger das ausdrückte, bezüglich dessen in Referaten und Diskussionen in politischer und theologischer Hinsicht Kontroversen sichtbar wurden, als das, worin man übereinkam. Die Erklärung ist deshalb recht allgemein gehalten; ihr Wert liegt weniger in den Sachaussagen als darin, daß sie eine *gemeinsame* Absichtserklärung *aller* Kirchen Europas ist. Erstmals bekennen sich anglikanische, katholische, orthodoxe und protestantische Kirchen in einer einvernehmlich verabschiedeten Entschließung zur Verpflichtung, die volle Kirchengemeinschaft anzustreben und sich zusammen für den Frieden in Europa und der Welt einzusetzen.

Die Konferenz war bereits bei ihrer

Ankündigung als „historisches Ereignis“ bezeichnet worden (vgl. KNA, 22. 3. 78). In gewisser Weise war sie das zweifellos. Trotzdem darf man kurzfristig nicht zuviel erwarten. Denn die beiden Träger des Treffens zählen nicht gerade zu den starken kirchlichen Institutionen, beide sind nur lose Dachverbände, denen von ihren Mitgliedern nicht allzu viele Mittel und Kompetenzen zugestanden werden. Innerhalb der KEK machen die konfessionell und geographisch-politisch unterschiedenen Mitgliedskirchen ihre

## Tauwetter für DDR-Christen?

Das Spitzengespräch von Vertretern des DDR-Kirchenbundes mit dem SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden *Erich Honecker*, das am 6. März in Ost-Berlin stattfand (vgl. HK, April 1978, 204f.), hat das Verhältnis zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche in der DDR ohne Zweifel auf eine neue Stufe gestellt, zumindest jedenfalls protokollarisch. Anders als die katholische Kirche, die in ihrer Diasporasituation durchgängig sehr stark auf eine klare Distanz zum SED-Staat hielt und weiterhin hält, hat die evangelische Kirche auf Grund ihrer Mehrheitsposition und auf Grund anderer theologischer, sozialetischer und geschichtlicher Prämissen sich seit langem um ein Auskommen mit Regierung und Partei bemüht. Die Begleitumstände des jetzigen Gesprächs sprechen dafür, daß es sich dabei um ein Ereignis handelte, das in seiner Bedeutung über den Tag hinausreicht. Erstmals gab es nämlich eine offizielle Begegnung zwischen der Staats- und Parteispitze und den gewählten – also nicht etwa vom Staat ausgesuchten – Repräsentanten der evangelischen Christenheit. Die Kirchendelegation unter Leitung des Ost-Berliner Bischofs *Wilhelm Schönherr* konnte sich in ihrer Verhandlungsposition auf ein einstimmiges Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR berufen.

War es von seiten der Kirche hauptsächlich darum gegangen, die andau-

Selbständigkeit geltend, dem CCEE ist weder von nationalen Bischofskonferenzen noch vom vatikanischen Staatssekretariat sehr viel Eigengewicht zugebracht. Gleichwohl ist es erfreulich, daß in Chantilly ein weiteres Zusammentreffen auf dieser Ebene vereinbart wurde. Denn bei Begegnungen wie der in Chantilly kommt es weniger darauf an, was sie an greifbaren Ergebnissen erbringen, als darauf, was sie an Signalwirkung auf dem gemeinsamen Weg zu faktischen Konsequenzen zeitigen.

H. G. K.

ernden Benachteiligungen und Diskriminierungen von Christen (insbesondere Jugendlichen) in der DDR zur Sprache zu bringen und von der Staats- und Parteiführung verbindliche Zusagen bezüglich der Chancengleichheit der Christen in der Gesellschaft zu erhalten, so wurde dieses Ziel mit dem Gesprächsergebnis und der Form seiner Veröffentlichung erreicht. Andererseits dürfte es gelungen sein, den Eindruck zu vermeiden, es habe sich die „Kirche im Sozialismus“ – wie sich die evangelische Kirche in der DDR programmatisch nennt – vom Staat „umarmen“ lassen. Die auf der ersten Seite der DDR-Zeitungen, auch des „Neuen Deutschland“, veröffentlichte Pressemitteilung über das Gespräch enthält nur wenige gemeinsame Aussagen formaler Natur sowie die Feststellung, „daß die Beziehungen der Kirchen zum Staat in den letzten Jahren zunehmend von Sachlichkeit, Vertrauen und Freimütigkeit geprägt waren“. Ansonsten wird statt gemeinschaftlicher Erklärungen einfach nebeneinander gestellt (zum Teil in wörtlichen Zitaten), was Honecker und Bischof Schönherr in ihren jeweiligen Erklärungen gesagt haben. Dadurch werden die Standpunkte nicht verwischt, und insbesondere war durch diese Form des Kommuniqués dafür gesorgt, daß die Äußerungen von Honecker parteioffizieller Klartext geblieben sind, auf den man sich allen Funktionären und Genossen gegenüber berufen kann.